

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatl. M. 1.90, vierteljährl. M. 5.40. — frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 5.60. — einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 7. — M. 2. — Großkonto Nr. 50 bei der Oberamtsparafasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb. Postsparkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum M. 14.—, auswärts M. 16.—, 2 Reklamezeile M. 40.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 8 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 266

Samstag 179

Wildbad, Montag, den 13. November 1922

Samstag 179

57. Jahrgang

Das dritte Gutachten

Das Ei des Kolonbus

Berlin, 12. Nov. Die Reichsregierung veröffentlicht das dritte von Bissering, Dubois (Schweiz) und Kamenta unterzeichnete Gutachten der ausländischen Sachverständigen. Es befaßt die Festigung der Mark ist so lange unumgänglich, als die Notenausgabe andauert und die Reichsausgaben infolge ungeeigneter Verwaltung, Einfuhrüberschuss und großer Entschädigungsleistungen verschiedener Art größer sind als die Reichseinnahmen. Soll die Mark gefestigt werden, so muß die Notenherstellung aufhören, denn sie führt immer wieder durch die Geldentwertung zu neuen Geldbedürfnissen. Die Ausgaben müssen auf das dringendste Bedürfnis beschränkt werden durch größte Sparsamkeit im Haushalt des Reichs und der Länder, Verringerung des Personals der Staatsämter, der Post und Eisenbahn, Abbau der Zuschüsse zur Volksernährung. Der Unterbeitrag im Haushalt kommt her von dem Nachlassen der Ausfuhr, dem Rückgang der Arbeitsleistungen durch den Achtstundentag auf 60 Prozent der Volkserzeugung. Regierung und Bevölkerung müssen alles aufbieten, um die alte Warenausfuhr wiederherzustellen. Die Entwertung der Mark hat das Vertrauen der Deutschen zu ihrer eigenen Währung erschüttert und so den Sparsinn vermindert. Die Folge ist, daß die für jede gesunde Wirtschaft notwendige Kapitalbildung stark zurückgegangen ist. Andererseits ist die Einfuhr von entbehrlichen Luxuswaren gestiegen. Diese muß unterbunden werden, auch die Einfuhr von Getreide und Kohlen sollte überflüssig werden. Würde es gelingen, den Markwert zu festigen, so hätte das Kapital keine Veranlassung mehr, ins Ausland zu flüchten, es würde vielmehr ins Inland zurückfließen. Jeder Versuch zur Festigung ist aber zwecklos, wenn die Kriegsentenschädigungsleistungen nicht so lange aufhören, bis Aussicht besteht, daß das Gleichgewicht im deutschen Zahlungswesen gesichert ist.

Da die Papiermark aufgehört hat, ein Wertmesser zu sein, muß ein neuer beständiger Wertmesser geschaffen werden, etwa eine „neue Goldmark“, und zwar geschieht die Verarmung der gesamten Volkswirtschaft eine kleinere Einheit, die etwa einem halben englischen Schilling (also die Hälfte der alten Geldmark), oder einem Zehntel-dollar (42 Pfennig alter Währung) entspräche. Zur Durchführung wäre eine selbständige „Geldbank“ mit 100 Millionen Goldmark Grundkapital, das von der Reichsbank in Gold einbezahlt werden müßte, errichtet werden. Die Reichsbank erhielte dafür die Aktien der neuen „Geldbank“. Die Markfestigung wäre aber ohne eine gleichzeitige ausländische Anleihe etwa von 500 Millionen alter Goldmark nicht durchführbar. Diese Anleihe wäre am besten auf Reichsschatzwechsel von ausländischen Banken zu bewerkstelligen; sie muß zur Verfügung der „Geldbank“ stehen, die nach Bedarf auf Wechsel, die ihr den Ankauf von ausländischen Zahlungsmitteln (Devisen) ermöglichen, den Vorschuß beanspruchen kann.

Vorbedingung bleibt aber auf alle Fälle eine sparsamere Staatsverwaltung, namentlich bei Post und Eisenbahn; der Ausgleich muß durch Verminderung der Ausgaben versucht werden, da eine Erhöhung der Einnahmen kaum mehr möglich ist. Post und Eisenbahn müssen wieder, wie früher, Ueberschüsse an das Reich abgeben. Unbedingt notwendig ist, die Unterstützungen, die infolge der Zwangswirtschaft zu zahlen sind, und die eine falsche Preisbildung verursachen, in möglichst kurzer Frist einzustellen. Jede Maßnahme muß versucht werden, die Ausfuhr über die Einfuhr zu steigern, was sich nur durch die Vermehrung der Warenausfuhr, stärkere Arbeitsleistung und Verlängerung der Arbeitszeit erreichen läßt. Gleichzeitig wäre eine Herabsetzung der Arbeitslöhne unter Anpassung an den bestehenden Wert des Geldes zu prüfen. Kriegsentenschädigungsleistungen können dem Reich nur auferlegt werden, wenn sie aus dem Ueberschuss des Staatshaushalts bezahlt werden können. Der letzte Markkurs ist auf den Verlust von Vertrauen zurückzuführen, ein Hauptzweck ist daher, die Aufwärtsbewegung der Mark zu erreichen. Der Versuch muß sofort unternommen werden. Für die Uebergangszeit könnte allenfalls neben der

neuen Goldmark als Rechnungsgeld die Papiermark vorübergehend im Umlauf gelassen werden. Die Vermehrung der schwebenden Schuld wird in der Uebergangszeit nicht ganz unterbunden werden können.

Das vom 8. November datierte Gutachten wurde von der Reichsregierung unverzüglich der Entschädigungskommission nach Paris zugesandt.

Ein kleiner Erfolg

Die Verständigung der Konferenzen

Die Regierung Wirth hat einen Erfolg zu verzeichnen, nach langen, schweren, fast verzweifelten Bemühungen. Auch verdankt sie den Erfolg eigentlich nur einem Zufall. Die neutralen Finanzsachverständigen waren, wie man weiß, zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen worden, bevor plötzlich die Entschädigungskommission ihren Besuch antändigte. Die Mitglieder der beiden Konferenzen irgendwie zusammenzubringen, war die diplomatische Aufgabe. Diese Aufgabe ist kurz vor Abschluß, wenigstens äußerlich geglückt. Schon am vergangenen Sonntag hatten die beiden Kommissionen an neutraler Stelle private Fühlung miteinander genommen. Offiziell und beinahe amtlich kamen sie dann am Dienstag abend beim amerikanischen Vorkonferenzen Houghton zusammen, wobei die deutsche Partei durch den Reichskanzler Wirth und den Finanzminister Hermes vertreten war. Auch der englische Vorkonferenzen Lord d'Abernon hatte sich eingefunden. Und wie das so kommt, wenn man einmal zusammen eine gute Mahlzeit eingenommen hat: die Gespräche lassen sich dann viel besser spinnen. Das deutsche Programm, das Minister Hermes ein paar Tage vorher der Kommission vorgelegt hatte und das wegen seiner Uneinheitlichkeit und Unklarheit von Barthou ungnädig aufgenommen worden war, erhielt durch die Vorschläge der neutralen Sachverständigen Rückhalt und Ansehen. Während Barthou noch am Dienstag mittag schwankte, ob er nicht den nächsten Tag nach Paris besteigen sollte, verlor er am Mittwoch entschlossen die Abreise, nachdem er von den Sachverständigen-Gutachten Kenntnis genommen hatte.

Es handelt sich um zwei Gutachten, die noch ziemlich lebhaften Auseinandersetzungen hinter den offiziellen Kulissen zustande gekommen waren. Schon daß die Arbeit der ausländischen Bankiers in zwei getrennte Programme zerfiel, zeigte deutlich die politische Spaltung in diesem angeblich „neutralen“ Kongress. Das eine, zeitlich früher überreichte Gutachten stammt von dem schwedischen Professor Cassel und dem beiden Engländern Keynes und Brand (dieser ist Vertreter des Bankhauses Lozard Brothers, London-Newyork). Die Ansichten von Keynes und Cassel kennt man ja schon seit längerem. Der Praktiker Brand hat sich ihnen offenbar angeschlossen. Aber es ist wiederum bezeichnend für die Spaltung der Meinungen, daß es mit großen Schwierigkeiten verbunden war, die Unterschrift des Amerikaners Jenks zu bekommen, der am liebsten ein eigenes Sonderprogramm aufgestellt hätte.

Anderes und mit dem System Keynes-Cassel kaum vereinbar ist das zweite Gutachten, das der Herrin Bissering und Dubois, ausgefallen. Der Holländer und der Schweizer rücken von den englischen Grundgedanken des ersten Gutachtens etwas ab, und nur so wird es verständlich werden, wenn sich ihnen der französisch-russische Sachverständige Kamenta anschließt. Ueber die beiden Gutachten wird in den nächsten Tagen noch viel gesprochen und geschrieben werden. Das Wesentliche und Wichtigste des schwedisch-englisch-amerikanischen Vorschlags ist natürlich die Markfestigung, und es hat vorerst keinen Sinn, über die Differ des Dollarwertes (3000—3500 M.) zu streiten. Bei einem Wertverhältnis von 3250 zum Dollar würde, wie flinke Kopfrechner behaupten, die Hälfte des Goldschatzes der Reichsbank als „Opfer“ genügen. Da der Reichsbankpräsident Havenstein seinen Widerspruch gegen die Verwendung des Goldschatzes fallen lassen will, hat die Reichsregierung ein wirksames Mittel in der Hand, um mit der Entschädigungskommission weiter zu verhandeln und vor allem auch die Aufschiebung zu betonen, die in dem Keynes-Casselschen Gutachten merkwürdig schlecht weggenommen ist, nur zwei Jahre, allerdings mit Verlängerungsmöglichkeiten.

Wie die Dinge nun auch weiterlaufen mögen, der Erfolg der deutschen Regierung liegt nicht nur in der geglückten Ueberreichung der neutralen Gutachten an die Kommission, sondern ganz besonders darin, daß durch Vermittlung der ausländischen Sachverständigen bestimmte Anleihe-Angebote von englischer, amerikanischer, holländischer, und man sagt, auch von schweizerischer Seite vorliegen. Diese Goldanleihen sind ausdrücklich für die Markfestigung und unter der Bedingung der Preisgabe von Reichsbanknoten an-

geboten. Ob die Anregung vom Ausland ausgegangen ist, oder ob ein deutsches Ersuchen voranging, ist dabei ziemlich gleichgültig. Genug, die Reichsregierung, die beinahe festgerannt wäre, hat wieder Fahrwasser unter sich, und es kommt nun darauf an, ob sie zwischen den vielen bösen Klippen hindurch noch einen geschickten Kurs zu steuern vermag.

Amerika und Europa

Der Wahlsieg der Demokraten

In die europäischen Entschädigungswirren und Wirtschaftsnöte hinein klingt grell wie ein Signal der demokratischen Sieges bei den nordamerikanischen Kongresswahlen, die verfassungsgemäß am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November stattfanden. Was bedeutet dieser Sieg für das leidende Europa? Zunächst ist zu bemerken, daß dieser Sieg, wenn er einen Umschwung in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten bedeuten sollte, sich erst spät im nächsten Jahr auswirken wird. Denn bis zum 4. März 1925 behält der republikanische Präsident Harding mit seinem republikanischen Kabinett und dem republikanischen Senat die sehr weit reichenden Regierungsvollmachten. Diese mögen zwar durch Zugeständnisse an die Volkswirtschaft die mehr und mehr gegen eine wirtschaftspolitische Absonderung Amerikas gerichtet ist, gemildert sein. Aber eine grundsätzliche Aenderung wird die bisherige Linie der Regierungspolitik vorläufig nicht erfahren. Man darf auch nicht übersehen, daß der amerikanische Wahlkampf des 7. November vor allem um innerpolitische Dinge ging, und daß die europäische Frage dabei eine ganz nebensächliche Rolle spielte. Man tritt über den Schutzoll und über die „Prohibition“ (das Alkoholverbot). Der kürzlich Erlass gewordene Zolltarif mit seinen zum Teil maßlosen Erhöhungen zwang jeden Amerikaner zu unmittelbarer, persönlicher Stellungnahme. Dieses von dem Unterhausmitglied Fordney und dem Senator Cumber geschaffene Zollgesetz war reine Partei- und Klassenfrage, wor die Begünstigung einiger Großindustrieller und Großkapitalisten zum Schaden der Allgemeinheit. Die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz stellten es ganz in das Belieben des Präsidenten, die hohen Zollschranken nach Gutdünken noch höher zu bauen.

Dagegen galt es aufzutreten. Dagegen haben die Demokraten einen Sturm entfacht. Schon während des Kriegs hat das amerikanische Volk über „H. C. L.“ (high cost of living), über die hohen Kosten der Lebenshaltung laut gemurmelt, und die Unzufriedenheit mit den steigenden Schwierigkeiten einer gutbürgerlichen Haushaltung ist mit jedem Jahr gewachsen. Die neuen Zölle erhöhen diese Schwierigkeiten ganz beträchtlich. Die neuen Preise für Lebensmittel, Kleidung und Wohnung werden — auch in Amerika! — immer erschreckender. Die im Krieg und nach dem Krieg teils verarmten, teils nur vorübergehend wirtschaftlich zurückgebliebenen Schichten der gelehrten Arbeiter und des unteren Mittelstands wurden über diese Entwicklung, fast möchte man sagen: über diese europäische Anstredung, unzufriedener. Und so kam es, daß besonders in den großen Städten die Frauen, die unzufriedenen Arbeitslosen und die unter der Lohnkürzung nach den großen Streiks besonders stark leidenden Industriearbeiter das volle Gewicht ihrer Stimmen den Demokraten gegeben haben. Der Protest gegen die „Sünden“ der republikanischen Regierung erfolgte also zunächst nur aus innerpolitischen Gedankengängen heraus.

Ebenso hat die maßlos strenge Durchführung des Prohibitionsgesetzes gegen den kleinen Mann, während die großen und heimlichen Sünder ungeschoren gelassen werden, der demokratischen Gegnerchaft vor allem weil sie „Opposition“ ist, große Wählermassen in die Arme getrieben. Natürlich wurde nebenher auch die europäische Frage im Wahlkampf benützt, um Stimmung gegen das System Harding zu machen. Man warf der republikanischen Regierung vor, sie habe die Vereinigten Staaten in eine „unrühmliche Vereinarung“ verwickelt, weil sie sich beharrlich weigerte, an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten und in den Völkerverbund einzutreten, in den Völkerverbund, der, mit oder ohne Deutschland, das wirksamste Mittel des europäischen Wiederaufbaus ist (worüber ja in Europa selbst die Ansichten sehr geteilt sind). Jedenfalls erklärten die demokratischen Wahlfreudner, die Zeit für die Vereinigten Staaten sei gekommen, aus der bisherigen Zurückhaltung herauszutreten, und noch wichtiger sei die Frage der Entschädigungen, die von der republikanischen Regierung gleichfalls entgegen den amerikanischen Interessen achlos beiseite geschoben worden sei. Anscheinend schon unter dem Druck dieser demokratischen Forderungen haben Hughes und Harding den amerikanischen Vertreter bei der Entschädigungskommission, den Senator Boyden, zu den Verhandlungen nach Berlin mitziehen heißen. Während

Bonden bisher nur unter Beobachter und Hochposten war, scheint er neuerdings bestimmte Vollmachten für die Mitwirkung Amerikas zu besitzen. Über diese eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Man wird bis zum nächsten Frühjahr warten müssen, ob ein demokratisches Washington für die Rettung Europas mehr Verständnis hat als ein republikanisches.
Georg Hochstetter.

Neue Nachrichten

Kabinett des wirtschaftlichen Wiederaufbaus

Berlin, 12. Nov. In einer Besprechung mit den Führern der Sozialdemokratischen Partei, des Zentrums, der Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei teilte der Reichskanzler mit, daß er vom Reichspräsidenten mit der Umbildung der Reichsregierung beauftragt worden sei. Es soll sich, wie die Blätter dazu melden, nicht eigentlich um eine Erweiterung der Koalition handeln, da die Sozialdemokraten den förmlichen Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Koalition ablehnen, sondern um die Beiziehung von Männern, die im Wirtschaftsleben in führender Stellung stehen, zu einem „Kabinett des wirtschaftlichen Wiederaufbaus“.

Das Reichsministerium des Auswärtigen, das seit dem Tod Rathenaus vorläufig vom Reichskanzler verwaltet wurde, soll wieder besetzt werden. Zum Minister soll der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Geheimrat Cuno (Str.), in Aussicht genommen sein.

Verfassung

Berlin, 12. Nov. Der zweite Vorsitzende des Bezirksbetriebsrats der Reichseisenbahndirektion in Berlin, August Bär, ist unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet worden. Er soll mit der Entente Verbindungen haben.

Sozialistisches Kabinett in Sachsen

Dresden, 12. Nov. Die Vereinigte sozialdemokratische Partei hat beschlossen, wieder ein rein sozialistisches Wirtschafskabinett zu bilden, das die Unterstützung der Kommunisten haben würde. (Am neugewählten Landtag haben die bürgerlichen Parteien 45, die Sozialdemokraten 41 und die Kommunisten 10 Stimmen.)

Der neue bayerische Handelsminister

München, 12. Nov. Wie verlautet, soll der Staatsrat von Heinel zum Handelsminister ernannt werden, der die Geschäfte seit dem Ausscheiden des demokratischen Ministers Hamann führte.

Zuspaltung der Lage in Konstantinopel

Paris, 12. Nov. Die Oberkommissare verlangten von dem Vertreter der Angora-Regierung die Zurückziehung der in den letzten Tagen verfürgten Verordnungen bezüglich der Zollhöhdungen, der Verwaltung der türkischen Staatsschulden, des Gesundheitswesens usw., da sie den „Kapitulationen“ und dem Mudania-Vertrag widersprechen. Die Oberkommissare drohen, daß sie im Weigerungsfalle ihren Regierungen entsprechende Gegenmaßnahmen empfehlen werden. Nach der „Chicago Tribune“ haben die Vereinigten Staaten gegen die Forderung der Türken, daß fremde Kriegsschiffe nur mit Genehmigung der neuen türkischen Regierung durch die Meerengen fahren dürfen, Einspruch erhoben.

London, 12. Nov. Hier wird behauptet, daß der Drahtverkehr mit Konstantinopel seit Donnerstag unterbrochen sei, weil vermutlich die Türken das Kabel zerschneiden haben.

Das Ergebnis der amerikanischen Wahlen

London, 10. Nov. Nach einer Reutersmeldung aus Washington ist die Zusammensetzung des neuen Repräsentantenhauses folgende: 225 Republikaner, 207 Demokraten, ein Sozialist, ein Bauernbündler, ein Arbeitervertreter und ein unabhängiger.

Württemberg

Stuttgart, 12. Nov. Vom Landtag. Der Finanzausschuß erhöhte die von der Regierung vorgesehene Ausgabe unter dem Titel „Fürsorge für die Landwirtschaft“ von 262000 auf 512600 M. für Tierzucht u. Verwertung tierischer Erzeugnisse wurden 1 604 000 statt 625 000 M. bewilligt und die Summe für Hagelversicherungsrücklage von 200 000 M. auf eine Million erhöht.

Stuttgart, 12. Nov. Zur Gemeinderatswahl. Auf den Vorschlag der Deutschen Volkspartei, die Wahllisten sämtlicher bürgerlichen Parteien für die Stuttgarter Gemeinderatswahlen zu verbinden, hat die Demokratische Partei geantwortet, sie könne die Verbindung nur mit solchen Parteien eingehen, die die republikanische Verfassung anerkennen (also nicht mit der Bürgerpartei).

Stuttgart, 12. Nov. Brotpreiserhöhung. Die freie wirtschaftliche Vereinigung der hiesigen Bäcker-Innung hat ab Montag die Preise für die marktfreien Backwaren wie folgt erhöht: Ein Kilo marktfreies Schwarz- und Roggenbrot 250 M., ein Kilo Weißbrot 300 M., ein Weiden 15 M. Das Badgebld beträgt ab Montag für ein kleines Wech 7 M., ein rundes Wech 10 M., ein großes Wech 12—15 M., Backen von Brot und dickem Kuchen das Pfund 3 M., Zubereiten von Brot das Pfund 12 M. (bei weniger als vier Pfund wird die Hefe besonders berechnet), Gerste rösten das Pfund 6 M.

Heilbronn, 12. Nov. Das Urteil im Aufruhrprozess. In dem Aufruhrprozess wurde Freitag abend das Urteil gefällt. Der Angeklagte Maurer wurde wegen einfachen Landfriedensbruchs und schweren Hausfriedensbruchs zu 6 Monaten Gefängnis, Steinbach wegen einfachen Landfriedensbruchs, Aufruhrs und erschwerter Landfriedensbruchs und Aufruhrs zu 10 Monaten Gefängnis, Horlacher wegen einfachen und erschwerter Landfriedensbruchs zu sieben Monaten Gefängnis, Rietzhamer wegen Aufruhrs und einfachen Landfriedensbruchs und Beamtenbeleidigung zu 5 Monaten Gefängnis, Ruff wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Die Ordnungspolizei erhält Befugnis, die Beurteilung Rietzhamers wegen öffentlicher Beleidigung durch Anschlag am Rathaus bekannt zu machen.

Vom Bodensee, 12. Nov. Kropfbekämpfung. In Friedrichshafen tritt der Kropf in letzter Zeit auffallend häufig bei Kindern auf. Auf Gemeindefosten werden jetzt den Schulkindern einige Monate hindurch kleine Gaben von Jod verabreicht.

In einer Bregenser Versammlung des Fischereiverbands der Bodenseeuferstaaten berichtete der Vorsitzende Graf Hirschberg-Bindau über die schlimme Lage der Bodenseefischerei, die durch die ungünstige Witterung dieses Jahres eine empfindliche Verschärfung erfahren hat. Die Betriebsgeräte seien schier unerträglich geworden. Die Freigebung

der Fischausfuhr in die Schweiz könnte wohl Besserung bringen, dadurch würden aber die Schweizer Fischer geschädigt. Der Vorschlag, gemeinsame Fischmärkte in der Schweiz abzuhalten, wurde abgelehnt. Ohne schützende Fisse des Staats oder des Reichs ist nach Ansicht der Versammlung die deutsche Bodenseefischerei nicht zu erhalten.

Baden

Mannheim, 12. Nov. Die Partogesellschaft hat die Auflösung beschlossen, da bei den heutigen Verhältnissen die gesellschaftliche Betriebsführung des Friedrichsparks nicht mehr möglich ist. Die Unterhaltung des Parks wird nun nach einem Abkommen mit der Stadt von dieser übernommen.

Die Witwe des Oberstudienrats Dr. Fränkel schenkte der städtischen Bühnerei wertvolle Spathespeare-Bände.

Mannheim, 12. Nov. Die Strafkammer verurteilte den Musikstudenten Peter Krämer von Lampertheim, der am 6. Juni d. J. bei dem Privatmann H. Küllner neun Gemälde im Wert von 200 000 M. gestohlen hatte, zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis.

Heidelberg, 12. Nov. Anlässlich ihres 25jährigen Geschäftsjubiläums hat die Firma Reis u. Co. in Friedrichsfeld Stiftungen für ihre Angestellten und Arbeiter, für bedürftige Bürger Heidelbergs und wohlthätige Anstalten in der Gesamthöhe von 5 Millionen Mark gemacht. Der Mitinhaber Alex Leiser spendete außerdem für die Waisenheilanstalt 200 000 Mark.

Weinheim, 12. Nov. Die Polizei hat mehrere Butterverkäufer auf dem Wochenmarkt, die für das Pfund 1000 M. verlangten, veranlaßt, den Preis um 100 M. herabzusetzen.

Württ. Handelskammertag

Stuttgart, 12. Nov. Am 8. und 9. Nov. fand in der Hiesigen Handelskammer eine Tagung der Vertreter der acht württ. Handelskammern unter Vorsitz von Kommerzienrat Kaufmann Rat. Neben vielen wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart wurde auch die Notlage der Presse in den Kreis der Erörterungen gezogen und eine Entschlieung angenommen, daß der Handelskammertag bei den unzulänglichen Maßnahmen der Regierung es als seine Pflicht erachtet, im allgemeinen wie im Interesse der Handel- und Gewerbetreibenden selbst der Industrie und dem Handel ihrer Bezirke dringend nahezu legen, der Notlage der am wirtschaftlichen Nachrichten dienst beteiligten Presse durch Bezug der Zeitungen und durch möglichst umfangreiche Zuweisung von Anzeigenaufträgen auch ihrerseits zu der äußerst notwendigen Erhaltung der Blätter nach Kräften beizutragen.

Die neuen Gebührenerhöhungen der Reichspost und der Eisenbahn gehen über jedes erträgliche Maß hinaus. Der Handelskammertag müsse gegenüber der außerordentlich schweren neuen Belastung des Geschäftsverkehrs von Post- und Eisenbahnerverwaltung nachdrücklich den schließigen, noch nicht erbrachten Nachweis fordern, daß ein zwingender Grund für die Erhöhung vorliegt, und vor allem, daß vor einer Fortsetzung dieser mechanischen Gebührenerhöhung der zwingenden Forderung aller Wirtschaftskreise nach innerer Umbildung und wirtschaftlicher Gestattung der beiden Reichsbetriebe entsprechen werde.

Der württ. Handelskammertag hat nach Verkündung der ersten Notverordnung vom 10. Okt. d. J. über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln (Devisenverordnung) sofort dagegen Widerspruch erhoben, daß solche in das Wirtschaftsleben so tief eingreifende Maßnahmen getroffen werden, ohne daß zuvor die sachverständigen Kreise zu Rate gezogen werden. Aus der Verordnung sind keine auch Folgen entstanden, die gerade das Gegenteil sind, was die Verordnung bezwecken sollte. Die Entwertung der Mark ist recht groß geworden. Der Handelskammertag fordert deshalb eine gründliche Abänderung der verfehlten Verordnung, die dem Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln die unentbehrliche Bewegungsfreiheit zurückgibt.

Illerlei

An den „Allen Fein.“ Am 9. November trug das bekannte Denkmal Friedrichs des Großen, hinter den Linden in Berlin, in 5 Meter Höhe einen großen Kranz mit schwarz-weißer (preussischer) Schleife mit der Aufschrift: „Allen Fein, steig hernieder und regiere Du uns wieder!“ Der Kranz wurde polizeilich entfernt.

Millionenspende für deutsche Segelflüge. Herr Hugo Liedemann in Montevideo hat für Segelweckflüge in Deutschland 500 000 (3/4 Millionen Mark) zur Verfügung gestellt. Bedingung ist, daß die Flüge Deutsche sind, daß die Flüge auf selbstgebauten Flugzeugen ausgeführt werden und in Deutschland stattfinden.

Der Nobelpreis für Chemie für das Jahr 1921 ist dem Professor Frederik Soddy in Oxford, der Preis für 1922 Dr. Francis William Aston in Cambridge, also zwei Engländern verliehen worden.

Naturalschwamm. In einer Pfarrei der Bamberger Gegend wurde von der Kanzel verkündet, daß nach einem einstimmigen Beschluß des Kirchengemeinderats von jetzt ab für ein bestelltes Amt entweder ein Pfund Butter oder 10 Pfund Korn gereicht werden müssen.

Lebensmittelpreise in Berlin. Der Berliner Magistrat hat den Preis für Milch auf 138 Mark das Liter und für Freibrot auf 400 M. festgesetzt. — Im Norden Berlins wurde ein Lebensmittelgeschäft ausgeplündert.

Plünderung. In einem Kölner Industrie-Vorort plünderte eine Menschenmenge eine Anzahl Verkaufsläden und zertrümmerte die Fenstercheiben.

Der Schmuggel aus Bayern. Die Versuche, Waren aus Bayern zu schmuggeln, die infolge der neuen Marktentwertung zu günstigen Preisen eingekauft wurden, nehmen in beträchtlichem Umfang zu. Im bayerischen Zollamt Salzburg wurden in den letzten Wochen bereits Waren im Wert von vielen Millionen beschlagnahmt, darunter allein 5 Pelzmäntel im Wert von 1 1/2 Millionen Mark. Zum größten Teil sind die Waren in München und anderen großen Städten Deutschlands aufgekauft.

Die fremde Herrschaft. Ein 20jähriger Arbeiter in Landau, der am 20. Mai einen Zusammenstoß mit einem französischen Posten hatte, wurde vom Kriegsgericht in Koblenz zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in einer französischen Kolonie verurteilt.

Vermißte Schiffe. Seit der letzten Woche werden drei Hamburger Dampfer mit je 20 Mann Besatzung, die von England unterwegs waren, vermißt.

Sotales.

Wildbad, den 13. Nov. 1922.

— Gedankfeier für die im Weltkrieg Gefallenen. Wie in den Vorjahren, so wird auch dieses Jahr am letzten Sonntag vor Advent, also am 26. November, in den evang. Gemeinden Württembergs der Totensonntag begangen werden, wo dann der im Krieg Gefallenen im Gottesdienst gedacht wird. Es wird schiedlich sein, daß dieser Sonntag von öffentlichen Vergnügungen freigehalten wird. Gewiß wird auch hier in Wildbad sich wieder eine allgemeine Beteiligung an der Totenfeier ermöglichen lassen. Das Opfer soll dann nach Beschluß des Kirchengemeinderats zur Hälfte hiesigen Kriegerverwitwen und -waisen zugutkommen, zur Hälfte soll es der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Krieg Gefallenen zufließen, da diese Stiftung zur Fortführung und Erweiterung ihrer Arbeit bedeutender Mittel bedarf.

Unfall. Am Samstag Nachmittag wurde das Pferd eines Fuhrwerkbesizers in Enzklösterle durch Carambolage mit einem Lastauto erheblich verletzt. Obwohl rasche tierärztliche Hilfe zur Stelle war, konnte das wertvolle Tier nicht mehr gerettet werden.

ep. Der Niedrbruch im Zeitungs-gewerbe. Seit dem dieses Jahres haben sich die Druckerpreise vom 47fachen auf das 259fache, die Papierpreise vom 118fachen auf das 500fache des Friedenspreises erhöht. Genaue Kenner der Verhältnisse rechnen damit, daß, wenn sich nicht die Öffentlichkeit, voran Parlamente und Regierungen, noch in letzter Stunde auf ihre Pflichten dem deutschen Schrifttum gegenüber besinnt, — in den nächsten Monaten 50 bis 60 Prozent aller Blätter ihr Erscheinen einstellen müssen.

In dem unlängst verabschiedeten Reichsgesetz betreffend die Rückvergütung eines gewissen Prozentsatzes des Zeitungspapierpreises durch das Reich, hat die für den innerlichen Aufbau unseres Volkstums so wichtige religiöse Presse mit ihren vielen Hunderten Zeitschriften und Blättern und einer in die Millionen gehenden Leserschaft keine ausdrückliche Erwähnung gefunden. Man wird erwarten dürfen, daß die Ausführungsbestimmungen diese Lücke unmißverständlich ausfüllen.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 11. Nov. 8220,50 (7604,20) Mark.
1 Pfd. Sterling 36 408,70, 100 Schweizer Franken 143 627, 100 französische Franken 51 870, 100 ital. Lire 35 660, 100 österr. Kr. 10,47, 100 holländ. Kr. 25 835, 100 poln. Mark 49, —
Für das Zwanzigmarkstück bezahlten Reichsbank und die Poststellen in dieser Woche 20 000 Mark, für die Reichsbankmünzen des 450fachen Betrag des Nennwerts.

Die Stadt hat einen Posten Kleiderstoffe, geeignet zu Frauenkleider und Kinderkleider, Baumwolltuch, geeignet zu Leib- und Bettwäsche, blaue Arbeitsanzüge, Wirtschaftshandtücher und Spültücher angekauft.

Bestellungen können auf der Polizeiwache, wo die Muster aufliegen, vom Dienstag, den 14. November an gemacht werden.

Stadtschultheißenamt.

Bekanntmachung.

Morgen Dienstag haben die Bäcker und Mehlhändler ihre sämtlichen leeren Mehlsäcke im Stadt. Mehllokal abzugeben.

Stadt. Mehl- und Futtermittelabgabe.

Bekanntmachung.

Wer das bei der Stadtgemeinde bestellte Weizenmehl bis morgen Abend 5 Uhr nicht abgeholt hat, hat keinen Anspruch mehr darauf.

Mehlabgabestelle.

Auslandshaber,

1 Waggon unterwegs. Bestellungen nimmt entgegen E. Knaupp.

Freiwill. Feuerwehr Wildbad.

Heute abend von 5—7 Uhr

Ausbezahlung der Theaterwagelder bei Kassier Mayer.

Das Commando.

Kleiner Laden od. Zimmer

sofort oder später zu mieten gesucht. Angebote an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Wärmol, das gut schmeckende Wärmolmittel bei Kinder.

A. u. W. Schmit. Med.-Drogerie.

